Appell an die Umweltministerinnen und Umweltminister der Länder





























Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet sich in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Dort erleben die Menschen, wie der öffentliche Nahverkehr funktioniert, Schulen und Pflegeheime saniert werden und die Energiewende uns unabhängiger von teuren, fossilen Brennstoffen macht. Unsere Kommunen sind Orte, an denen Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Zusammenhalt Hand in Hand gehen müssen.

Mit dem Sondervermögen für Länder und Kommunen haben Bund und Länder Investitionen im Umfang von 100 Milliarden Euro für genau diese Aufgaben auf den Weg gebracht. Nun liegt es an den Bundesländern, über die Verteilung zu entscheiden und sicherzustellen, dass diese zusätzlichen Mittel das Leben der Menschen vor Ort spürbar und nachhaltig verbessern.

Wir fordern Sie auf, in Ihren Landesregierungen sicherzustellen, dass die Mittel für echte Zukunftsinvestitionen bereitstehen – für Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge und die Modernisierung und den Ausbau unserer Infrastruktur und des öffentlichen Nahverkehrs.

Dafür sind aus unserer Sicht folgende Schritte notwendig:

1. Mindestens 60 Prozent an die Kommunen:

Mindestens 60 Prozent der 100 Milliarden für Ländern und Kommunen müssen planbar und über die gesamte Laufzeit des Sondervermögens direkt an die Kommunen fließen. Nur so können sie die gewaltigen Aufgaben des ökologischen und sozialen Wandels bewältigen. Diese Investitionen dürfen keine kurzfristigen Lückenfüller sein, sondern müssen die Resilienz und Nachhaltigkeit der Kommunen langfristig sichern. Die Kommunen sollten deshalb den Anteil an den 100 Milliarden Euro des Sondervermögens erhalten, der ihrem Anteil an den öffentlichen Investitionen entspricht. In vielen Bundesländern wären das sogar deutlich mehr als 60 Prozent.

2. Klimaschutz und Lebensqualität vor Ort stärken:

Investitionen in Klimaschutz, wie in Schul- und Gebäudesanierung, den öffentlichen Nahverkehr und die soziale Infrastruktur müssen Priorität haben. Sie machen uns unabhängig von teuren Öl- und Gasimporten, sorgen für saubere Luft und für lebenswerte Städte.

3. Soziale Einrichtungen modernisieren:

Viele Pflegeheime, Kitas und andere soziale Einrichtungen müssen dringend modernisiert werden. Das macht die Daseinsvorsorge zukunftsfest, senkt Energiekosten und schützt Heimbewohner*innen, Kinder sowie Beschäftigte vor den gesundheitlichen Folgen zunehmender Hitzeperioden. Gemeinnützige Einrichtungen sind aufgrund ihrer besonderen Refinanzierungsbedingungen eigenkapitalschwach und haben keine Gewinnerzielungsabsichten. Im Rahmen des Sondervermögens braucht es daher eine zusätzliche Förderquote für freie Träger sowie passende Förderprogramme.

4. Unkomplizierte Mittelweitergabe, Transparenz schaffen:

Der effiziente Einsatz des Sondervermögens setzt einfache und nachvollziehbare Verfahren voraus. Die Mittel müssen als eigenständige Budgets oder über Positivlisten bereitgestellt werden. Kleinteilige Projektförderungen kosten Zeit, binden Ressourcen und verhindern Planungssicherheit.

Das Papier wurde gezeichnet von:

Klima-Allianz Deutschland

Die Arbeiterwohlfahrt e. V. (AWO)

Der Bundesverband Klimaschutz (BVKS)

Die Diakonie Deutschland

Der Paritätische Gesamtverband

Deutscher Caritasverband e.V.

Deutsche Umwelthilfe

GermanZero

Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V.

Gesunde Erde - Gesunde Menschen

ICLEI – Local Governments for Sustainability

Klima-Bündnis

LIFE - Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.

WWF Deutschland

KONTAKT

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram, X: @klima allianz

Für inhaltliche Rückfragen:

Franziska Ortgies, Referent*in Kommunaler Klimaschutz und Gebäude franziska.ortgies@klima-allianz.de

Für Presseanfragen:

Jakob Schreyer, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/780 899 514, Mobil: 0172/298 4269 presse@klima-allianz.de



Dieses Papier ist im Rahmen des Projekts "Kommunen stärken für mehr Klimaschutz" der Klima-Allianz Deutschland entstanden. Das Projekt wird gefördert von der Stiftung Mercator.